

# Kommt nun die Abschlusspflicht für Basler Schüler?

**Bildungspolitik** SVP-Grossrat Joël Thüring fordert ein Obligatorium. SP-Erziehungsdirektor Mustafa Atici hat dies auch schon getan. Kommt es zum Deal zwischen links und rechts?

**Sebastian Briellmann**

Die Fakten sind klar – und sie sind nicht wirklich schmeichelhaft für Basel-Stadt, jenen Kanton in diesem Land, der pro Kopf am meisten für seine Schüler ausgibt: Nur rund 85 Prozent haben im Alter von 25 Jahren einen Schulabschluss auf Sekundarstufe-2-Niveau. Das ist der schlechteste Wert aller 26 Kantone. Der Durchschnitt in der Schweiz beträgt knapp 91 Prozent.

Noch unbefriedigender: Der Bund ist auch mit dieser Quote alles andere als glücklich. Er will sie deutlich erhöhen, auf mindestens 95 Prozent. Das zeigt: Die ganze Schweiz hat Nachholbedarf – und Basel-Stadt ganz besonders. Dieses Problem ist seit Jahren bekannt. Gelöst werden konnte es bis anhin nicht.

SVP-Grossrat Joël Thüring will das nun ändern. Via Motion, dem verpflichtendsten Instrument, fordert er ein «Ausbildungsobligatorium» zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt. Das heisst nichts anderes als: Die Schulpflicht bleibt bestehen. Bis zum vollendeten 18. Lebensjahr soll ein Sek-2-Abschluss erreicht werden, oder, wenn das nicht reicht, in einen solchen münden, indem man weiterhin in die Schule geht.

## «Wir müssen sofort handeln»

Auf Anfrage sagt Thüring: «Das Schulniveau ist besorgniserregend tief. Wir müssen sofort handeln. Darum braucht es dieses Obligatorium, auch wenn das harsch klingen mag. Es braucht keine weiteren Abklärungen und Evaluationen: Der Sachverhalt ist bereits bestens untersucht und völlig klar.» Die Umsetzung: gern innerhalb eines Jahres.

Was Thüring damit meint: Nicht nur in Basel-Stadt sind die Zahlen bekannt, sondern auch in anderen Kantonen – und dort ist bereits gehandelt worden. Tessin und Genf haben ein solches Obligatorium in den letzten Jahren eingeführt. Mit Erfolg, wie es aus den Kantonen (zumindest zaghaft) heisst.

Der SVP-Parlamentarier ist überzeugt: «Damit verhindern wir, dass zu viele Menschen ohne Abschluss prekär beschäftigt sind und sich irgendwie mit Minimallöhnen durchmogeln. Zudem erspart sich der Kanton mittel- und langfristig hohe Folgekosten, die durch Sozialausgaben wie etwa Prämienverbilligungen entstehen.» Das Ziel müsse es doch sein, ein möglichst «staatsunabhängiges Leben» zu führen.

Es sei auch nicht so, dass es zu wenig Brückenangebote dafür gebe. Nur beruhten diese auf Freiwilligkeit. Thüring sagt: «Deswegen fallen zu viele junge Menschen durch die Maschen.» Diese fehlten vor allem der Wirtschaft, die zu wenig Lehrlinge und Fachkräfte anstellen kann.

Spannend an dieser Forderung sind gleich drei Aspekte. Der Erste: Was Thüring hier fordert, müsste bei Neo-Bildungsdirektor Mustafa Atici grosse Freude auslösen. Der Sozial-



Sein Departement schweigt derzeit: Basels Erziehungsdirektor Mustafa Atici. Foto: Nicole Pont



Hat die Basler Bildungsdebatte neu angestossen: SVP-Grossrat Joël Thüring. Foto: Kostas Maros

demokrat hat vor zwei Jahren, damals war er noch Nationalrat, in Bern genau dieselbe Forderung in einem Vorstoss gestellt: eine Ausbildungspflicht bis 18 Jahre, zusätzlich noch eine Ausbildungsgarantie bis 25.

## «Demotivation will keiner»

Atici sagte damals der BaZ: «Das Thema ist ein ernsthaftes. Wir schaffen keine Verbesserung, wenn wir das System so lassen.» Er verwies ebenfalls auf Tessin und Genf – und sagte, dass dort gute Erfahrungen gemacht würden. Auch im Ausland sei das so, etwa in Österreich.

Dank eines Obligatoriums, befand Atici, würde man den Jugendlichen eine Struktur geben. «Ohne diese fehlt das Pflichtgefühl, was oft dazu führt, dass Jugendliche und junge Erwachsene viel Frustration und Demotivation erleben, was leider bis zu Kriminalität führt. Das kann keiner wollen.»

## «Ich finde es spannend und positiv, dass nun auch die SVP das Thema für sich entdeckt hat.»

**Michela Seggiani**  
SP-Fraktionschefin Grosser Rat

Das Erziehungsdepartement (ED), noch unter Conradin Cramer, plante damals keine Ausbildungspflicht, schloss diese aber auch nicht kategorisch aus. Und heute? Sagt das ED: nichts. Laufender politischer Prozess. Aticis Überzeugungen sprechen aber für sich selbst.

Was den zweiten wichtigen Aspekt tangiert: Gibt es auf einmal eine neue, nicht gekannte Einigkeit zwischen SVP und SP?

Interessant ist: Die SVP (und die FDP) haben Aticis Vorstoss im Nationalrat damals abgelehnt. Das lässt sich nicht nur mit Ideologie begründen, sondern auch mit der Haltung, dass die Massnahmen auf kantonaler Ebene entschieden werden müssen.

Geht man diesen Weg, landet man bei Michela Seggiani, SP-Fraktionschefin im Grossen Rat und Mitglied der Bildungskommission. Wird sie den Vorstoss von Joël Thüring mittragen? Sie sagt auf Anfrage: «Grundsätzlich finde ich das Ziel des Vorstosses gut. Es hätte positive Auswirkungen auf die Chancengleichheit.»

Dennoch könne sie der Motion nicht zustimmen. Erstens, weil die geforderte Umsetzung innerhalb nur eines Jahres zu kurz sei. Zweitens – und vor allem – : Wie soll das Ziel erreicht werden? Zudem, so Seggianis Sorge, dürfe es nicht sein, «dass die Umsetzung auf den Schultern der Lehrpersonen ruht. Zuerst müsste

abgeklärt werden, wie und ob man ein Obligatorium einführen kann.» Das sieht Thüring anders: «Die Schule ist kein Selbstzweck für Lehrer. Wenn man das nicht verlangen darf, braucht es keine Schule mehr.»

Nichtsdestotrotz klingt es zumindest möglich, dass sich mehrheitsfähige Vorschläge finden lassen könnten. Seggiani sagt: «Ich finde es spannend und positiv, dass nun auch die SVP das Thema für sich entdeckt hat. Persönlich biete ich gerne Hand, bei weiteren Vorstössen zusammenzuarbeiten. Denn klar ist: Die tiefe Sek-2-Quote in Basel-Stadt ist nicht akzeptabel.»

## «Nein in der Tendenz»

Das ist die politische, man darf wohl auch sagen: theoretische Sicht. Praktisch sieht es dann wieder etwas anders aus. Alain Pichard, der bekannteste Lehrer der Schweiz, sagt etwa: Man könne das schon machen, dieses Obligatorium. Aber ob es wirklich helfe? Viel eher müsse man viel strenger sein beim Verteilen der Sozialhilfen, wenn sich zu viele Jugendliche – trotz einer massiven Zahl an freiwilligen Angeboten – renitent verhielten.

Und wie sieht es bei der Wirtschaft, bei den Arbeitgebern aus? Da gibt es bei den drei grossen Playern erstaunliche Unterschiede. Der Arbeitgeberverband der Region Basel sieht in einer weiteren staatlichen Regulierung «selten die beste Lösung». Vielmehr sollte man dafür sorgen, dass die Jugendlichen vermehrt den richtigen Bildungsweg einschlagen, sagt Frank Linhart, Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Berufsbildung. «Die Gymnasialquote in Basel-Stadt ist nach wie vor klar zu hoch.»

Reto Baumgartner, Direktor des Gewerbeverbands, ist ähnlicher Meinung: «Wir sagen in der Tendenz eher Nein zu Thürings Vorstoss – obschon wir gewisse Sympathien für das Anliegen haben. Klar ist: Die Situation ist unbefriedigend, aber ob ein Ausbildungsobligatorium wirklich hilft? Da gibt es Fragezeichen. Es gibt so viele Angebote neben den Berufslehren, den weiterführenden Schulen und den Brückenangeboten. Wir sollten die bestehenden Angebote stärken und verbessern.» Zudem, sagt Baumgartner, müsse man aus liberaler Sicht sagen: «Es ist am Ende auch die Eigenverantwortung der Jungen und ihrer Eltern, einen Abschluss zu erreichen.»

Ganz anders die Handelskammer beider Basel. Karin Vallone, Leiterin Bildung der Handelskammer, sagt: «Wir unterstützen die Motion vollumfänglich.» Basel sei Schlusslicht bei der Abschlussquote. Eine Tatsache, die seit Jahren unverändert sei.

Mit einer Pflicht zur beruflichen Selbstgestaltung? Oder freiwillig zu schulischem Erfolg dank Eigenverantwortung? Am Ende entscheidet das die Politik. Sie trägt eine Mitverantwortung, ob die miserable Quote des Kantons Basel-Stadt je besser wird. In einem sind sich nämlich alle einig: Wichtig wärs.